

Presseinformation

Banken-Arbeitgeber: angemessener Tarifabschluss nach schwierigen Verhandlungen

- **Anhebung der Tarifgehälter in zwei Stufen: 2,9 Prozent ab Juli 2012 und 2,5 Prozent ab Juli 2013**
- **Einmalzahlung von 350 Euro spätestens im Juli 2012**
- **Laufzeit: 26 Monate**
- **Ausbildungsvergütungen steigen überproportional, Ausbildungsinitiative betont Grundsatz „Ausbildung vor Übernahme“**
- **Gemeinsame Erklärungen zum Gesundheitsschutz und zum Anlegerschutzgesetz**
- **Vorruhestands-Ansprüche bis Ende April 2014 verlängert**
- **Gesonderte Verhandlungen über Samstagsarbeit sollen bis April 2014 abgeschlossen sein**

Wiesbaden, 6. Juni 2012. Die Tarifparteien im privaten und öffentlichen Bankgewerbe haben sich am Mittwochabend auf einen Tarifabschluss für die rund 230.000 Beschäftigten geeinigt. Sie erhalten spätestens im Juli eine Einmalzahlung in Höhe von 350 Euro. Die Tarifgehälter steigen in zwei Stufen: ab Juli 2012 um 2,9 Prozent und ab Juli 2013 um weitere 2,5 Prozent; die Laufzeit des Gehaltstarifvertrags beträgt 26 Monate (bis April 2014). Die Vergütungen der Auszubildenden steigen überproportional: Sie werden im Juli 2012 um 50 Euro und ein Jahr später um weitere 45 Euro erhöht. Zusätzlich erhalten die Auszubildenden spätestens im Juli 2012 eine Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro.

„Nach schwierigen Verhandlungen sind wir zu einem angemessenen Tarifabschluss gekommen. Er berücksichtigt die weiterhin angespannte Lage unserer Branche ebenso wie die Interessen unserer Beschäftigten und bringt uns allen Planungssicherheit“, sagte Ulrich Sieber, Verhandlungsführer der Banken-Arbeitgeber. Thomas Christian Buchbinder, Vorsitzender der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken, betonte: „Diese Verhandlungen waren eine komplexe Aufgabe, aber wir haben schließlich ein vernünftiges Ergebnis erreicht.“ Der Tarifvertrag wurde auf Arbeitgeberseite vom Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes (AGV Banken) und der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken ausgehandelt, auf Gewerk-

schaftsseite von der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi), dem Deutschen Bankangestellten-Verband (DBV) und DHV - Die Berufsgewerkschaft.

Presseinformation

Wiesbaden, 6. Juni 2012
Seite 2

Über den Gehaltstarifabschluss hinaus haben die Tarifparteien die gemeinsame Erklärung zum betrieblichen Gesundheitsschutz aus dem Jahr 2010 bekräftigt und vereinbart, sich künftig ein Mal pro Jahr zu diesem Thema auszutauschen. Es gibt aber weiterhin keine verbindlichen Tarifregelungen zum Gesundheitsschutz. „Wir legen großen Wert auf gesunde und motivierte Beschäftigte. Es war uns aber wichtig, dass es Sache der Unternehmen bleibt, welche Maßnahmen zur Gesundheitsförderung sie ergreifen und wie sie diese ausgestalten. Dieses Ziel haben wir erreicht“, so Ulrich Sieber. Thomas Christian Buchbinder: „Das erneute Bekenntnis der Tarifparteien zum Gesundheitsschutz unterstreicht die Vorreiterrolle der Banken auf diesem Gebiet.“

Zum Thema Anlegerschutzgesetz haben die Tarifparteien eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die im Mai 2013 einen Erfahrungsaustausch zur Umsetzung der Gesetzesregelungen vorsieht. Sollte sich daraus Handlungsbedarf ergeben, erklären sich die Tarifparteien bereit, gemeinsam auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zuzugehen. Weitergehende Tarifvereinbarungen wurden nicht getroffen. Die Arbeitgeber betonten erneut, es gebe durch das Gesetz keine zusätzlichen Risiken für Mitarbeiter, die sich an die Vorgaben der Bank hielten und nicht schuldhaft ihre Pflichten verletzten. Für diese Mitarbeiter hätte eine Tarifregelung keinen zusätzlichen Schutz gebracht.

Darüber hinaus haben sich Arbeitgeber und Gewerkschaften darauf verständigt, gesonderte Verhandlungen über die Samstagsarbeit zu führen. Ziel ist es, die Gespräche bis Ende April 2014 abzuschließen. Bis zu diesem Zeitpunkt haben die Tarifparteien auch die Ansprüche aus dem Vorruhestands-Tarifvertrag verlängert.

Die Banken-Arbeitgeber unterstrichen, bei der Samstagsarbeit gehe es ihnen nicht um die flächendeckende Einführung. Die Banken wollten lediglich ganz gezielt Geschäftschancen nutzen, die sich in bestimmten Regionen oder an bestimmten Orten durch Beratungsangebote auch an Samstagen ergäben.

Die Tarifparteien haben zudem eine Ausbildungs-Erklärung unterzeichnet. Sie betont den Grundsatz „Ausbildung vor Übernahme“. Darüber hinaus werden sich die Arbeitgeberverbände bei ihren Mitgliedsinstituten dafür einsetzen, dass Ausgebildete – wo dies möglich ist – in ein unbefristetes

Arbeitsverhältnis im Ausbildungsbetrieb übernommen werden. Ulrich Sieber: „Mit der Ausbildungsinitiative unterstreichen wir die gesellschaftspolitische Verantwortung, der unsere Institute seit vielen Jahren dadurch gerecht werden, dass sie über Bedarf ausbilden. Die Bemessung der Auszubildenden-Zahlen ist aber ein wichtiger Teil der Personalhoheit unserer Institute und bleibt auch weiterhin jeder Bank selbst überlassen.“ Thomas Christian Buchbinder: „Es ist uns wichtig, jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu bieten und ausreichend gute Bewerber für den Bankberuf zu gewinnen. Mit der überproportionalen Anhebung der Ausbildungsvergütungen setzen wir hier zusätzlich ein Signal.“

Presseinformation

Wiesbaden, 6. Juni 2012
Seite 3

Der AGV Banken führt die Tarifverhandlungen gemeinsam mit der Tariftgemeinschaft Öffentlicher Banken. Die Verhandlungsgemeinschaft vertritt insgesamt rund 230.000 Beschäftigte.

Dem AGV Banken gehören rund 130 Institute (Großbanken, Regionalbanken, Pfandbriefbanken, Spezialbanken, Privatbankiers und Bausparkassen) mit 150.000 Beschäftigten an. Vorsitzender des AGV Banken ist Ulrich Sieber, Mitglied des Vorstands der Commerzbank AG.

Der Tariftgemeinschaft Öffentlicher Banken gehören 50 Mitgliedsinstitute des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) an, unter anderem Landesbanken, Förderinstitute, Bausparkassen und einzelne Sparkassen. Vorsitzender der Tariftgemeinschaft Öffentlicher Banken ist Thomas Christian Buchbinder, Vorstandsvorsitzender der SaarLB.

Pressekontakt:

Carsten Rogge-Strang
Geschäftsführer im AGV Banken
carsten.rogge-strang@agvbanken.de
Tel. (030) 5 90 01 12-74

Dr. Stephan Rabe
Pressesprecher beim Bundesverband Öffentlicher Banken
presse@voeb.de
Tel. (030) 8192 16-0